

**Geschäftsführung
Jugendhilfeausschuss**

Es informiert Sie	Norbert Korte
Telefon (0202)	563 25 41
Fax (0202)	563 80 38
E-Mail	Norbert.Korte@stadt.wuppertal.de
Datum	25.09.00

Niederschrift über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am Dienstag, dem 22.08.00

Anwesend unter dem Vorsitz von Herrn Stv. Kühme waren

die stimmberechtigten Mitglieder

von der CDU

Herr Stv. Ellinghaus
Herr Stv. Geisendörfer
Herr Gerlach

von der SPD

Frau Stv. Stuhldreiter
Frau Stv. Winkels-Haupt
Herr Stv. Mucke

von der F.D.P.

Frau Panetta-Jung

vom Caritasverband

Herr Arens

vom Diakonischen Werk Barmen

Frau Pfr. Schäning (zu Beginn des TOP 1)
Herr Pfr. Blind

von der Arbeiterwohlfahrt

Frau Dudda-Dillbohner

vom Jugendring

Frau Füssel
Herr Schmalenbeck
Herr Schwarz

die beratenden Mitglieder

Frau Bill (Frakt. Bündnis 90/ Die Grünen)
Frau Reichert (Schulen)
Frau Richling (sachkundige Bürgerin)
Frau Sauter-Glücklich (Amtsgericht)

Herr Bahr (DPWV)
Herr Fliege (DRK)
Herr Keip (Kath. Kirche)
Herr Kumpf (Evang. Kirche)
Herr Weinfurtner (Polizei)
Herr Peksert (Ausländerbeirat)
Herr Beig. Dr. Kühn
Herr Lenz (R. Jugendamt & Soz. Dienste)

Vertreter/innen der Bezirksjugendräte

Jessika Naumann
Peter Kortas

von der Verwaltung

Frau Krentz (R. 201.0)
Frau Schmidt (R. 201 - Jugendhilfepl.)
Herr Weidenbruch (SB 202)
Herr Mast-Weisz (SB 208)
Herr Krieg (SB 208)
Herr von Hören (SB 208)
Frau Bocklage (Gleichstellungsstelle)

von der Presse

Frau Roßkothen (Westdeutsche Zeitung)
Fau Barthlomä (Wuppertaler Rundschau)

Sitzungsort: Internationales Begegnungszentrum des Caritasverbandes
Hünefeldstr. 54 a (Unterbarmen)

Sitzungsbeginn: 16.06 Uhr **Sitzungsende:** 18.55 Uhr **Besucher:** 28

Schriftführer: Herr Korte

I. Öffentlicher Teil

Der **Vorsitzende** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er bedankt sich für die freundliche Aufnahme in der Begegnungsstätte und erinnert daran, dass der Jugendhilfeausschuss wieder verstärkt in einzelnen Einrichtungen tagen wolle, um in der Öffentlichkeit stärker präsent zu sein.

Herr Arens stellt den heutigen Tagungsort, das Internationale Begegnungszentrum des Caritasverbandes, vor. Nach langen Verhandlungen mit dem Erzbistum sei das Begegnungszentrum vor knapp einem Jahr eröffnet worden. Das hier zuvor untergebrachte Altenheim habe vor vier Jahren wegen brandschutztechnischer Mängel geschlossen werden müssen. Bei jährlichen Betriebskosten in Höhe von ca. 1 Mio. DM stelle der jetzt vom Rat der Stadt beschlossene Betriebskostenzuschuss von jährlich 150.000 DM eine große Hilfe dar.

Das Begegnungszentrum beschäftige ständig 17 hauptamtliche und nebenamtliche Mitarbeiter/innen. Für Einzelberatungen und Gruppenarbeit kämen noch Honorarkräfte hinzu. Einige ausländische Vereine wie beispielsweise der Kongolesische Kulturverein unterhielten hier im Hause ein Büro. Im Untergeschoss bestehe für obdachlose Bedürftige die Möglichkeit, etwas zu essen, sich zu waschen und bei Bedarf in der Kleiderkammer neu einzukleiden. Dieses Angebot werde von den Obdachlosen sehr gut angenommen.

Hinsichtlich der einzelnen Beratungs-, Bildungs- und Kulturangebote verweist Herr Arens auf die ausliegenden Broschüren.

Vor dem Hintergrund aktueller Gewalttaten gegen Ausländer hält es der **Vorsitzende** gerade jetzt für besonders wichtig, in einer Einrichtung zu tagen, die durch ihre Arbeit zu einem friedlichen Miteinander zwischen Deutschen und Ausländern beiträgt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt der **Vorsitzende Herr Dr. Kühn** als neuen Leiter des Geschäftsbereiches Soziales, Jugend und Gesundheit.

Es besteht Einvernehmen, dem Antrag von **Herrn Schwarz** zu entsprechen und den nichtöffentlichen Teil der Sitzung um einen zweiten Tagesordnungspunkt zu erweitern.

Soweit den Bezirksjugendräten **Jessika Naumann** und **Peter Kortas** das Wort erteilt wird, gilt die Sitzung als unterbrochen.

1.

Vorstellung des Medienprojektes

Herr von Hören verweist auf das den Ausschussmitgliedern vorliegende umfangreiche Informationsmaterial. Das Medienprojekt habe in den 8 ½ Jahren seines Bestehens alles an Preisen abgeräumt, was abzuräumen war. Die Plakate, die auf das jeweilige Projekt hinwiesen (im Sitzungsraum ausgehängt), dienten dem Marketing. Mit ihnen werde versucht, anderen Bevölkerungsgruppen spezielle Jugendthemen näher zu bringen. Kassetten mit Filmkopien würden von fast jeder größeren Stadt in Deutschland angefordert.

Wichtig sei, dass jedes Jahr rd. 1.500 Jugendliche beim Medienprojekt mitmachten. Das Projekt stehe auf drei Säulen:

- Medienerziehung (Video als neues Medium; zeigen, wie man Filme macht)
- pädagogische Präventionsarbeit (Videoarbeit nicht nur als Kunst/Technik)
- Jugendthemen (Themen, die den Jugendlichen unter „den Nägeln brennen“)

Es werde versucht, Jugendliche dazu zu bringen, Teile ihres Lebens darzustellen. Das Medienprojekt biete auch die Möglichkeit, mit anderen Jugendlichen in Kontakt zu kommen. Die Mitarbeit im Projekt erfordere von den Jugendlichen soziale Kompetenz und unterstütze die Entwicklung zu einer demokratisch orientierten Persönlichkeit.

Jugendliche aller Bildungsschichten, Mädchen und Jungen deutscher und ausländischer Nationalität, fühlten sich durch das Medienprojekt angesprochen. Aufgrund der offenen Ausrichtung komme es automatisch zu der beabsichtigten Mischung.

Das Medienprojekt werde alleine von ihm und einem Jahrespraktikanten geführt. Die Betriebsmittel in Höhe von 45.000 DM dienten in erster Linie der Beschäftigung pädagogischer Mitarbeiter/innen für die einzelnen Projekte. Das Geld sei jetzt bis auf einen Rest von 7,75 DM aufgebraucht.

Der **Vorsitzende** bedankt sich bei Herrn von Hören für die kompetente Darstellung des Medienprojektes.

Nach Auffassung von **Herrn Mucke** sind die Videoclips teilweise sehr professionell gemacht. Der Pressespiegel zeige, wie gut die Filme in der Öffentlichkeit angenommen würden. Wichtig sei, dass viele Jugendliche auf diese Weise die Möglichkeit hätten, sich zu äußern. Seine Fraktion stehe auch zu Herrn von Hören.

In der Öffentlichkeit werde gegenwärtig intensiv über rechte Gewalt diskutiert. Prävention sei insofern sehr wichtig. Jugendliche dürften nicht nur zu Konsumenten erzogen werden.

Herr Mucke hält es für unverantwortlich, die Mittel zu kürzen und appelliert an die CDU-Fraktion, über ihre Entscheidung noch einmal nachzudenken.

Frau Richling unterstützt ebenfalls das Projekt. Jugendliche aus ihrer Einrichtung hätten sich begeistert über das Projekt geäußert. Durch die Beteiligung an dem Projekt sei bei ihnen erst ein Bewusstsein für bestimmte Probleme entstanden.

Frau Bill bedauert, dass sich bisher noch kein Vertreter der CDU-Fraktion geäußert hat. Kaum ein anderes Projekt sei beispielsweise ähnlich gut geeignet, sexueller Gewalt vorzubeugen oder Vorurteile gegen Ausländer abzubauen. Von Sonntagsreden müsse man jetzt zu Taten kommen.

Bezirksjugendrat **Peter Kortas** bedauert die Mittelkürzung.

Seine Kollegin **Jessika Naumann** weist auf die vielen Auszeichnungen hin, die das Projekt bisher schon erhalten hat. Sie räumt aber ein, dass sie einige Filme auch erschreckt haben.

Auf Nachfrage von **Frau Bocklage** erklärt **Herr Mast-Weisz**, dass aus finanziellen Gründen keine neuen Projekte mehr in Angriff genommen werden können.

Herr Gerlach erinnert an die ausführliche Beratung in der letzten Sitzung des Ausschusses und den einstimmig gefassten Beschluss. Der Rat der Stadt habe dann anders entschieden. Ihm stehe nicht das Recht zu, den Ratsbeschluss zu kommentieren. Es bringe jetzt nichts, sich gegenseitig „zu prügeln“.

Herr Gerlach unterbreitet folgenden Beschlussvorschlag, damit das Medienprojekt trotz der Mittelkürzung weiterarbeiten kann:

1. Der Jugendhilfeausschuss betont die Wichtigkeit von Projekten und Aktivitäten, die Jugendlichen Gelegenheit geben, sich künstlerisch, kulturell und politisch zu artikulieren. In diesem Kontext wird der hohe Stellenwert des Medienprojektes betont.
2. Die pädagogisch präventive Arbeit und die medienpädagogische Ausprägung am Beispiel des Mediums „Video“ wird vom Jugendhilfeausschuss weiterhin erwartet.
3. Die produzierenden Gruppen werden den Themen entsprechend pädagogisch und medientechnisch begleitet, unterstützt und angeleitet.
4. Die durch das zur Verfügung stehende Budget nicht zu deckenden Kosten müssen durch Mehreinnahmen oder Minderausgaben ausgeglichen werden. Die Verwaltung kann zur Deckung von Einzelausgaben konkrete Vorschläge in den Jugendhilfeausschuss einbringen.

Herr Gerlach schlägt vor, die dem Jugendhilfeausschuss gegebenen Kompetenzen und Spielräume zu nutzen, ohne den Ratsbeschluss zu unterlaufen oder zu konterkarieren.

Der **Vorsitzende** bekräftigt, dass der Vorschlag von Herrn Gerlach nicht „vom Himmel“ gefallen ist, sondern in der Fraktion diskutiert und abgesichert wurde.

Frau Bill kann den Vorschlag von Herrn Gerlach nicht nachvollziehen. Einem nackten Mann könne man nicht in die Tasche greifen.

Der **Vorsitzende** ist der Überzeugung, dass der Stadtbetrieb Jugend & Freizeit kaufmännisch denken kann. Über die Einnahmen durch das Medienprojekt lasse sich sicher eine Lösung finden.

Herr Mast-Weisz sieht die Möglichkeit, aus Mitteln seines Budgets einen Deckungsvorschlag zu unterbreiten.

Frau Winkels-Haupt befürchtet, dass das aktuelle Projekt „Weinen“ bei einem Kassenstand von 7,75 DM nicht durchgeführt werden kann.

Herr Mast-Weisz hält das Projekt „Weinen“ nicht für gefährdet, falls der Ausschuss heute dem von Herrn Gerlach eingebrachten Vorschlag zustimmt. Der Stadtbetrieb werde versuchen, eine De-

ckungsmöglichkeit zu finden. So habe man beispielsweise bei den Energiekosten durch umweltbewusstes Verhalten 40.000 DM einsparen können. Der pädagogischen Arbeit drohe keine Einschränkung.

Herr Gerlach spricht sich dafür aus, dem Stadtbetrieb erst einmal den Auftrag zu geben, eventuelle Einsparpotenziale zu sichten. In der heutigen Sitzung könne deshalb noch nicht konkret über die Zukunft des Medienprojektes entschieden werden.

Herr Dr. Kühn unterstreicht noch einmal die Notwendigkeit, in der heutigen Sitzung einen Beschluss zu fassen, wenn das Medienprojekt in diesem Jahr weitergeführt werden soll.

Herr Schmalenbeck sieht die Diskussion als einen Versuch an, den Schaden zu begrenzen.

Der **Vorsitzende** fasst das Beratungsergebnis zusammen. Er ist davon überzeugt, dass der von Herrn Gerlach eingebrachte Lösungsvorschlag auch umgesetzt werden kann. Die umfassende Diskussion zeige, welche Bedeutung alle Fraktionen dem Medienprojekt beimessen würden.

Herr Mucke ist für seine Fraktion bereit, dem vorliegenden Beschlussvorschlag zuzustimmen, wenn damit dem Medienprojekt wieder auf „die Beine“ geholfen wird. Die politische Verantwortung bleibe aber weiterhin bei den Mehrheitsfraktionen des Rates, die künftig vorher bedenken sollten, was durch falsche Haushaltsplanbeschlüsse kaputt gemacht werde. Seine Fraktion habe rechtzeitig vor den Folgen für das Medienprojekt gewarnt.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 22.08.00

1. Der Jugendhilfeausschuss betont die Wichtigkeit von Projekten und Aktivitäten, die Jugendlichen Gelegenheit geben, sich künstlerisch, kulturell und politisch zu artikulieren. In diesem Kontext wird der hohe Stellenwert des Medienprojektes betont.
2. Die pädagogisch präventive Arbeit und die medienpädagogische Ausprägung am Beispiel des Mediums „Video“ wird vom Jugendhilfeausschuss weiterhin erwartet.
3. Die produzierenden Gruppen werden den Themen entsprechend pädagogisch und medientechnisch begleitet, unterstützt und angeleitet.
4. Die durch das zur Verfügung stehende Budget nicht zu deckenden Kosten müssen durch Mehreinnahmen oder Minderausgaben ausgeglichen werden. Die Verwaltung kann zur Deckung von Einzelausgaben konkrete Vorschläge in den Jugendhilfeausschuss einbringen.

Einstimmigkeit

Herr Mast-Weisz bittet um Zustimmung, bereits vorliegende Rechnungen entsprechend Punkt 4 des Beschlusses umgehend bezahlen und die kurz vor dem Beginn stehenden Projekte weiterführen zu dürfen. Er will darüber die Fraktionssprecher vorab informieren.

Der Ausschuss stimmt diesem Verfahren einvernehmlich zu.

2.

Geschäfts- und Managementprogramme des Ressorts 201 sowie der Stadtbetriebe 202, 207 und 208

Drs.-Nr. 6050/00

Herr Dr. Kühn teilt mit, dass die Geschäfts- und Managementprogramme auf der Basis des Haushaltsplan-Entwurfes erarbeitet worden sind. Falls die vom Rat der Stadt im Rahmen der Haushaltsplanberatungen verfügbaren Sperrvermerke aufgehoben würden, sei keine Änderung erforderlich.

Herr Mast-Weisz ist gerne bereit, die Anregung von **Frau Richling** aufzugreifen und im nächsten Geschäftsprogramm auch die Angebote der freien Träger zahlenmäßig aufzulisten.

Frau Bill zeigt sich erfreut, dass die „Kinderfreundlichkeitsprüfung“ im Geschäftsprogramm des Stadtbetriebes Jugend & Freizeit thematisiert wird.

Herr Dr. Kühn weist darauf hin, dass der jeweils aktuelle Stand des Managementprogramms demnächst über das Ratsinformationssystem verfügbar sein wird.

Herr Mucke erinnert in diesem Zusammenhang an die in der Januar-Sitzung geführte Diskussion über den Sachstandsbericht des Managementteams zur Kinderfreundlichkeitsprüfung. Er erwartet in Kürze erneut einen Bericht über eventuelle Fortschritte.

Herr Mast-Weisz betont, dass bei diesem wichtigen Thema ein Umdenkprozess stattgefunden hat. Auf Beschluss des Verwaltungsvorstandes habe ein geschäftsbereichsübergreifendes Projektteam unter Mitwirkung von Herrn Krieg seine Arbeit aufgenommen. Es bestehe die Absicht, bereits in der kommenden Sitzung einen umfangreichen Bericht vorzulegen.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 22.08.00

Den Geschäfts- und Managementprogrammen 2000/2001 des Ressorts 201 und der Stadtbetriebe 202, 207 und 208 wird zugestimmt.

Einstimmigkeit

3.

Aufhebung von Sperrvermerken im Haushaltsplan 2000/2001

3.1 HHSt. 4510-582.0000.2 Projektmittel für aktuelle Handlungsbedarfe Drs.-Nr. 6066/00

Herr Dr. Kühn betont, dass sich die Verwaltung auf vier Schwerpunktprojekte konzentrieren will.

Herr Gerlach stimmt der Vorlage für seine Fraktion zu.

Auf Nachfrage von **Frau Bocklage** bestätigt **Herr Mast-Weisz**, dass die Finanzierung der Mädchen-Sportwoche vorerst gesichert ist. Ab 2001 müsse aber nach einer anderen Lösung gesucht werden.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 22.08.00

Der Jugendhilfeausschuss stimmt der Aufhebung der Haushaltssperre zu.

Einstimmigkeit

3.2 HHSt. 4600-717.0500.4 An Arbeiterwohlfahrt für Freizeitangebote zur Integration ausländischer Jugendlicher Drs.-Nr. 6069/00

Keine Wortmeldung!

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 22.08.00

Der Jugendhilfeausschuss stimmt der Aufhebung der Haushaltssperre zu.

Einstimmigkeit

Frau Dudda-Dillbohner hat an der Abstimmung gemäß § 31 (2.1) GO NRW nicht teilgenommen.

4.

Anliegen der Bezirksjugendräte

Herr Dr. Kühn geht auf den vor der parlamentarischen Sommerpause vorgetragenen Wunsch der Bezirksjugendräte ein, selbst Anträge in den Ausschüssen stellen zu können. Die Verwaltung prüfe noch, inwieweit den Bezirksjugendräten ein solches Antragsrecht auf einer rechtlich einwandfreien Grundlage eingeräumt werden könne.

Jessika Naumann nennt als Termin für das vorgesehene Fußballturnier Freitag, den 22.09.00, 16.30 Uhr.

Sie bittet, die Bezirksjugendräte mit ihren Anliegen künftig bereits zu Beginn der Sitzung zu Wort kommen zu lassen.

Peter Kortas weist darauf hin, dass die Bezirksjugendräte in der letzten Sitzung erst nach 20 Uhr ihre Anliegen vorbringen konnten.

Peter Kortas gibt sein Amt als Bezirksjugendrat aus schulischen Gründen auf. Der **Vorsitzende** dankt ihm für seine konstruktive Mitarbeit im Jugendhilfeausschuss, insbesondere aber auch im Schulausschuss.

5.

Anfrage der SPD-Fraktion zur Finanzierung der Wahlen zu den Bezirksjugendräten **Drs.-Nr. 6072/00**

Herr Dr. Kühn teilt mit, dass die Wahl entsprechend des in der letzten Sitzung beschlossenen Konzeptes durchgeführt werden kann. Die entsprechenden finanziellen Mittel würden durch interne Umschichtungen bereitgestellt.

Auf Nachfrage von **Herrn Mucke** erklärt **Herr Dr. Kühn**, dass die Jugendarbeit deshalb nicht an anderer Stelle eingeschränkt werden muss. Die für die Wahl erforderlichen Mittel würden vielmehr durch Minderausgaben bei den Müllabfuhrgebühren erwirtschaftet.

Die Bezirksjugendrätin **Jessika Naumann** hat die Diskussion um die Finanzierung der Wahl als sehr nervenaufreibend empfunden. Es sei nicht in Ordnung gewesen, die Angelegenheit auf die „lange Bank“ zu schieben.

Nach Auffassung des **Vorsitzenden** hat die Aussage des Oberbürgermeisters und des Kämmers in der Ratssitzung am 19. Juni, dass die Finanzierung Aufgabe der Verwaltung ist, frühzeitig für Klarheit gesorgt.

6.

Ersatzbau des Sportplatz-Nebengebäudes am Rott **Drs.-Nr. 6073/00** **- Schaffung von Jugendräumen für die Stadtteil-Jugendarbeit -**

Der Vorsitzende zeigt sich erfreut über die eingeleitete Zusammenarbeit der beiden Stadtbetriebe Jugend & Freizeit und Sport & Bäder mit einem Sportverein.

Herr Mast-Weisz betont, dass die Verwaltung mit dieser Kooperation Neuland betritt. Zum ersten Male werde ein Sportverein in der Jugendarbeit tätig, der damit eine große Verantwortung übernehme. 200.000 DM müsse der Verein durch Spenden und in Form einer „Muskelhypothek“ auf-

bringen. In der letzten Sitzung der Bezirksvertretung Barmen habe es schon Angebote zur Unterstützung des Projektes gegeben. Es bestehe insofern Grund zum Optimismus.

Herr Gerlach und **Herr Mucke** sprechen sich für ihre Fraktionen für das Projekt aus.

Beschlussempfehlung des Jugendhilfeausschusses vom 22.08.00

Die nachfolgend geplanten Maßnahmen werden zustimmend zur Kenntnis genommen:

- Der Sportverein Victoria Rott erstellt in Eigenarbeit ein Ersatzgebäude für das derzeitige Sportplatznebengebäude am Rott, dessen Bausubstanz in einem nicht mehr tragbaren Zustand ist.
- Bestandteil des geplanten neuen Gebäudes sind Räumlichkeiten für die Stadtteiljugendarbeit.
- Abriss und Neubau führt der Verein Victoria Rott in Eigenarbeit durch.
- Die Kostenschätzung des vom Verein beauftragten Architekten liegt für Abriss und Neubau bei ca. 450.000 DM. Ersparnisse werden insbesondere beim Innenausbau durch Eigenleistungen zu erzielen sein.
- Der Stadtbetrieb Sport & Bäder bewilligt dem Verein wegen des Ersatzbaues des Sportplatznebengebäudes einen Investitionskostenzuschuss in Höhe von 150.000 DM, sofern die sonstigen Anforderungen nach den städt. Sportförderrichtlinien eingehalten werden. Hierzu gehört insbesondere, dass die Finanzierung insgesamt gesichert ist und der Verein eine angemessene Eigenleistung erbringt.
- Aus dem Budget des SB Jugend & Freizeit erhält der Verein für die Investition in ein kommunales Gebäude einen Gesamtbetrag von 100.000 DM für die Schaffung/ den Ersatz von Räumen für die Stadtteiljugendarbeit. An diese Finanzierung ist die künftige Sicherstellung offener Jugendangebote an 3 Tagen/Woche gebunden, für die der Verein ab Beginn einen jährlichen Zuschuss zu den Betriebskosten in Höhe von 10.000 DM erhalten wird. Grundlage hierfür sind die vom Jugendhilfeausschuss beschlossenen Förderrichtlinien für die offenen Jugendarbeit.
- Das Gebäude verbleibt im Besitz der Stadt Wuppertal. Zwischen Stadt und Verein wird ein langfristiger Vertrag abgeschlossen, der die Nutzung durch den Sportverein festlegt.

Einstimmigkeit

7.

Jugendhilfeplanung

Herr Gerlach weist einleitend darauf hin, dass sich der Unterausschuss sehr differenziert und umfassend mit den einzelnen Themen befasst hat. Er dankt der Verwaltung für die geleistete Vorarbeit.

7.1 Familienbildung Teil 4 – Befragung von Teilnehmerinnen und Teilnehmern

Drs.-Nr. 6061/00

Nach Auffassung von **Herrn Gerlach** dokumentiert die Befragung den hohen Stellenwert der Familienbildung in der Bevölkerung. Er bedauert die geringe Akzeptanz bei den ausländischen Mitbürgerinnen und -bürgern. Dieses Problem müsse angegangen werden. Sinnvolle Angebote für diese Bevölkerungsgruppe würden vom Weiterbildungsgesetz aber in der Regel nicht gefördert.

Frau Winkels-Haupt bittet die Verwaltung um einen Bericht über Angebote, die von ihr für diesen Bevölkerungskreis als sinnvoll erachtet werden.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 22.08.00

Der Bericht über die 2. Befragung der Teilnehmer/innen von Angeboten der Familienbildung wird zur Kenntnis genommen.

Einstimmigkeit

7.2 Untersuchende Auswertung zur Straffälligkeit von Jugendlichen 1997/98

Drs.-Nr. 6062/00

Herr Gerlach betont, dass der Unterausschuss noch keine abschließende Bewertung vorgenommen hat. Er hält es für erforderlich, über die Untersuchungsergebnisse im Unterausschuss weiterhin intensiv zu beraten. Bei den 17- bis 20jährigen sei die Zahl der Eigentumsdelikte weiterhin sehr hoch. Wahrscheinlich wären die Zahlen noch höher, wenn nicht bereits über die Jugendarbeit dagegen einiges unternommen würde.

Für **Frau Bocklage** ist die Kriminalität bei den männlichen Jugendlichen sehr bedrückend. Sie hält deshalb eine Verstärkung der Jungenarbeit für sehr wichtig.

Frau Sauter-Glücklich berichtet von einem leichten Rückgang der Fallzahlen im vergangenen Jahr gegenüber 1998. Im laufenden Jahr zeichne sich ein weiterer Rückgang ab. Zu beachten sei aber, dass die Auswertung nicht die Fälle von Kleinkriminalität berücksichtige, bei denen keine Anklage erhoben werde.

Herr Weinfurtner spricht bei den Mädchen von einer negativen Emanzipation. Es sei wichtig, sich insbesondere um ausländische Jugendliche zu kümmern. Ein Konzept könne er nicht anbieten. Vielleicht lasse sich in Kooperation mit der Regionalen Arbeitsstelle zur Förderung von ausländischen Kindern und Jugendlichen (RAA) in diese Richtung etwas bewegen.

Der **Vorsitzende** regt angesichts der Bedeutung des Problems an, die Jugendkriminalität in einer der nächsten Sitzungen als Schwerpunktthema zu behandeln. Im Unterausschuss könne darüber beraten werden, ob dies für zweckmäßig erachtet wird.

Frau Richling hält eine differenzierte Darstellung für sehr wichtig. Die Jugendlichen müssten wissen, welche Straftaten in ihrem Quartier passieren.

Frau Winkels-Haupt sieht es als sehr problematisch an, über die Straffälligkeit ausländischer Jugendlicher in der Öffentlichkeit zu diskutieren.

Herr Lenz betont, dass die Verwaltung zum Thema Gewalt schon verschiedene Projekte vorbereitet bzw. auch durchgeführt hat. Er regt an, den Arbeitskreis Jugendkriminalität in Form eines Hearings in die Diskussion mit einzubeziehen.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 22.08.00

Der Bericht über die Auswertung der Daten der Jahre 1997/98 wird zur Kenntnis genommen.

Einstimmigkeit

7.3 2. Elternbefragung zum Betreuungswunsch in Tageseinrichtungen für Kinder

Drs.-Nr. 6054/00

Herr Gerlach weist darauf hin, dass die Betreuung der Kinder in Tageseinrichtungen für Kinder weiterhin bei den Eltern einen hohen Stellenwert besitzt.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 22.08.00

Die Ergebnisse der zweiten Elternbefragung werden zur Kenntnis genommen und in die weiteren Planungen einbezogen.

Einstimmigkeit

7.4 2. Fortschreibung des Bedarfsplanes für Tageseinrichtungen für Kinder

Drs.-Nr. 6008/00

Herr Gerlach warnt davor, neue Einrichtungen zu planen, die anschließend nicht finanziert werden können. Er appelliert an die freien Träger, sich an der Schaffung weiterer Kindergartenplätze zu beteiligen.

Herr Dr. Kühn weist darauf hin, dass trotz der bereits eingeleiteten Maßnahmen zur Schaffung weiterer Plätze immer noch 660 Kindergarten- und 400 Hortplätze benötigt werden. Mit den bereitgestellten Mitteln (jeweils 250.000 DM für 2000 + 2001) ließen sich kurzfristig fünf neue Einrichtungen planen. Im Haushaltsplan seien aber keine Investitions- und Betriebskosten veranschlagt worden.

Der **Vorsitzende** macht der Verwaltung Mut, kreativ mit den vorhandenen Mitteln umzugehen.

Herr Mucke bekräftigt die notwendige Bereitstellung weiterer Kindergartenplätze. Seine Fraktion habe im Rahmen der Haushaltsplanberatungen vergeblich die entsprechenden Anträge gestellt. Im Übrigen würden auch Mittel für die Sanierung vorhandener Einrichtungen gebraucht.

Nach Auffassung von **Herrn Geisendörfer** ist der hohe Sanierungsbedarf auf Versäumnisse der früheren Mehrheitsfraktion im Rat der Stadt verantwortlich.

Herr Gerlach trägt den Beschlussvorschlag des Unterausschusses Jugendhilfeplanung vor.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 22.08.00

1. Die 2. Fortschreibung des Bedarfsplanes für Tageseinrichtungen für Kinder wird gemäß der Anlage aufgestellt.
2. Die Verwaltung wird gebeten, ein Handlungskonzept mit einer tabellenartigen Zusammenfassung der Beratungen zur Entscheidung im nächsten Unterausschuss Jugendhilfeplanung vorzubereiten. Das in dem informellen Gespräch am 12.05.00 erarbeitete Ergebnis ist einzubeziehen. Der Unterausschuss Jugendhilfeplanung erarbeitet in der nächsten Sitzung eine Beschlussempfehlung an den Jugendhilfeausschuss. Enthalten sein sollen: Prüfungsintervalle und eine Liste mit Risikofaktoren.

Einstimmigkeit

8.

Erweiterung der städt. Tageseinrichtung für Kinder Hannoverstr. 38 - Grundsatzbeschluss -

Drs.-Nr. 6067/00

Der **Vorsitzende** regt an, nach ähnlich kostengünstigen Lösungen auch an anderen Standorten zu suchen.

Beschlussempfehlung des Jugendhilfeausschusses vom 22.08.00

Die Erweiterung der städt. Tageseinrichtung für Kinder Hannoverstr. 38 um eine Kindergarten-Gruppe wird im Grundsatz mit geschätzten Baukosten von 671.000 DM und Kosten für die Erstausstattung von 40.000 DM beschlossen.

Einstimmigkeit

9.

Organisationszuschüsse 2000 für anerkannte Jugendorganisationen

Drs.-Nr. 6068/00

Keine Wortmeldung!

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 22.08.00

Die Verteilung der Organisationskostenzuschüsse gemäß Verteilerschlüssel wird zugestimmt.

Einstimmigkeit

Frau Füssel, Herr Schmalenbeck und Herr Schwarz haben an der Abstimmung gemäß § 31 (2.2) GO NRW nicht teilgenommen.

10.

Gewährung eines zusätzlichen Investitionskostenzuschusses an den Verein Kindertagesstätte Bethesda e.V. **Drs.-Nr. 6071/00**

Keine Wortmeldung!

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 22.08.00

Dem Verein Bethesda Kindertagesstätte e.V. wird zu den Mehrkosten des Neubaus der Tageseinrichtung für Kinder Nevigeser Str. 12 ein Zuschuss in Höhe von 18.753,-- DM gewährt.

Einstimmigkeit

11.

Berichte

1. Angebotsbörse als Kooperation zwischen Schule und Jugendhilfe **Drs.-Nr. 6070/00**

Keine Wortmeldung!

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 22.08.00

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Einstimmigkeit

2. Kennzahlen der Sozialhilfe **Drs.-Nr. 6443/00**
- Eckdaten der Hilfe zum Lebensunterhalt, II. Quartal 2000 -
- Kennzahlen der Heranziehung, II. Quartal 2000 -

Keine Wortmeldung!

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 22.08.00

Die vorgelegten Berichte des II. Quartals der Eckdaten der Hilfe zum Lebensunterhalt und der Kennzahlen der Heranziehung werden zur Kenntnis genommen.

Einstimmigkeit

12.

Wünsche und Anregungen

Herr Dr. Kühn teilt mit, dass der Überlassungsvertrag mit dem Nachbarschaftsheim entsprechend des Ratsbeschlusses zum 31.12.00 gekündigt worden ist. Ein neuer Vertragsentwurf werde dem Ausschuss zur nächsten Sitzung vorgelegt.

Herr Mast-Weisz kündigt auf Nachfrage von **Frau Winkels-Haupt** zur nächsten Sitzung eine Vorlage mit Maßnahmen gegen den auch in Wuppertal aufkeimenden Rechtsradikalismus an. Es habe in dieser Angelegenheit bereits enge Kontakte zur Polizei gegeben.

Herr Dr. Kühn berichtet auf Nachfrage von **Peter Kortas**, dass der Haushaltsplan-Entwurf 2002/2003 bereits nach der parlamentarischen Sommerpause 2001 dem Rat der Stadt zur Beratung vorliegen soll.

Pause von 18.01 – 18.12 Uhr

Kühme
Vorsitzender

Mucke
Stadtverordneter

Dr. Kühn
Geschäftsbereichsleiter

Korte
Schriftführer